

Solidarität



Umfrage: Wer ist arm und wer reich? Das sagen die ÖsterreicherInnen.

Seite 5



Erfolg: Gewerkschaft GPA-djp erstreitet für Lehrlinge mehr als 86.000 Euro.

Seite 8

Kommentar: Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, über Mittel und Möglichkeiten gegen die Armut.

Seite 12



© OGB-Verlag/Bernhard Schön

www.oegb.at

WIR SIND ALLE

... von der Krise in Europa betroffen. Jetzt sind es die Spanier, Portugiesen, Italiener,

GRIECHEN

... die mit Pensionskürzungen, Sozialabbau, steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Armut ausbaden müssen, was die Finanzwirtschaft angerichtet hat. Wenn sie kein Geld mehr haben, um Produkte aus Europa – auch aus Österreich – zu kaufen, dann sind auch wir voll betroffen!

Mehr auf www.oegb.at



© Bildagentur Waldh. Aust / Müller-Moriner

editorial



NANI KAUER

(Un)sichtbar

Reichtum zeigt man gerne – Armut nicht. Protzige Autos, teure Stiefel, Taschen und Jacken, Statussymbole: Wer reich ist, braucht sich nicht zu schämen. Anders ist es mit der Armut: Auf den ersten Blick sind arme oder armutsgefährdete Menschen praktisch unsichtbar. In Österreichs Städten und Dörfern sieht man keine Menschen, die in Pappkartons leben oder die in Mülltonnen nach Essensresten suchen müssen. Armut bleibt im Verborgenen.

Und arme Menschen sind auch leiser als reiche. Fordert man Reichensteuern, um den Wohlstand besser zu verteilen, wird lautstark Klassenkampf geschrien, und viele kommerzielle Medien verstärken diese Schreie. Wo haben die Armen solche Lautsprecher?

Dass aber wirklich etwas nicht stimmt mit der Vermögensverteilung in Österreich, zeigt eine Erhebung der Nationalbank im Auftrag der Europäischen Zentralbank (EZB) – und die EZB ist ja wirklich nicht die Speerspitze des Klassenkampfes.

Wir brauchen u. a. eine gerechtere Verteilung von Vermögen, mehr und faire Chancen für alle, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen.

Reiches Österreich

Vermögen haben in Österreich nur wenige – aber davon ganz schön viel.

Wer ist reich? Ist arm, wer weniger hat, und reich, wer mehr hat als man selbst? Viele Argumente in der Diskussion über Armut und Reichtum sind subjektiv, aber man kann dennoch objektiv messen, wie weit Armut und Reichtum verbreitet sind – auch wenn man das in einem relativ reichen Land wie Österreich auf den ersten Blick nicht auf den Straßen der Städte und Dörfer sehen kann.

Ausgeprägte Ungleichheit

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat alle Euro-Staaten beauftragt, Untersuchungen über die Vermögensverteilung durchzuführen. Bei uns hat diese die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erhoben – und sie bestätigt, was viele im Land schon lange sagen: Vermögen sind in Österreich „ausgeprägt ungleich“ verteilt. Die Analyse der obersten und untersten zehn Prozent der Haushalte macht die Schieflage deutlich: Zehn Prozent der Haushalte haben weniger als 1.000 Euro Nettovermögen (siehe Kasten). Die oberen zehn Prozent mehr als 542.000 Euro. Die Hälfte aller Haushalte hat weniger als 250.000 Euro Nettovermögen.

Reich geerbt

Die OeNB-Erhebung hat ergeben, dass Erbschaften ein wichtiger Anteil von Vermögen sind, und auch hier sind es die ohnehin schon Reichen, die buchstäblich das große Geld machen: Im vermögenden Fünftel aller Haushalte ist bei 65 Prozent eine Erbschaft angefallen, im ärmsten Fünftel nur bei zehn

Prozent. Die Erbschaften bei den Vermögenden fallen auch deutlich üppiger aus als in den „unteren“ Schichten. „Das Märchen darüber, dass Vermögens-, Erbschafts- oder Schenkungssteuern die kleinen Leute belasten würden, bleibt, was es ist: ein Märchen“, sagte Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Die aktuelle Studie zeige ganz klar und deutlich, dass Erben ein Minderheitenprogramm der Superreichen sei. Die Schrebergärten oder Eigentumswohnungen der viel zitierten kleinen Leute müssen ausgenommen werden, ebenso das Sparbuch der Großmutter, das immer wieder ins Treffen geführt wird.

Vermögen besteuern

Die OeNB-Erhebung im Auftrag der EZB untermauert die Forderung des ÖGB und vieler anderer, Vermögen endlich fairer zu besteuern. „Die ganz normalen Menschen wären von den Steuern, die wir fordern, niemals betroffen“, so Achitz. Zur langfristigen Finanzierung des Sozialstaats, der auch den Unternehmen sehr gut durch die Krise geholfen hat, brauche es dringend eine Steuerstrukturreform, die Arbeit entlastet und Vermögende bei der Finanzierung des Sozialstaates stärker in die Pflicht nimmt.

Keine Neiddebatte

Wer Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern oder Regeln und Transparenz für die Finanzmärkte fordert, führt noch lange keine Neiddebatte. „Die hohe Vermögenskonzentration hat wesentlichen Anteil am Entstehen der jüngsten Finanzkrise“, sagte Markus Marterbauer, Leiter der AK-Abteilung Wirtschaftswissenschaft, zur OeNB-Erhebung. „Ist das Vermögen in den Händen weniger konzentriert, dann führt das zu risikoreichen Veranlagungsstrategien und zum Aufblähen der spekulativen Finanzcasinos“, so Marterbauer.

**Österreich!**

Die reichsten zehn Prozent besitzen 581 mal so viel Vermögen wie die untersten zehn Prozent der Haushalte.

Nur ein Prozent hat ein Vermögen von mehr als einer Million Euro.

Ein Prozent der Haushalte besitzt fast ein Drittel des gesamten Vermögens in Österreich.

Neues und Klassiker

Gewinnspiel für die ganze Familie



Spiel, Spaß, Spannung für Jung und Alt. Beim 28. Spielefest im Austria Center Vienna Mitte November wurde wieder nach Herzenslust gespielt, gewürfelt, getüfelt und taktiert. Sämtliche Neuheiten des Jahres konnten getestet werden,

ebenso standen alle Klassiker der Spielwelt im Mittelpunkt des Spiel-Geschehens.

Zahllose Neuheiten

Jedes Jahr werden zahllose neue Spiele für jede Altersgruppe erdacht. So konnten beim 28. Spielefest insgesamt – mit Neuheiten und Klassikern – mehr als 5.000 von ihnen, darunter alle prämierten Spiele des aktuellen Jahrgangs, präsentiert werden.

Gewinnen Sie mit uns

Die Solidarität verlost auch dieses Jahr wieder drei Spiele unter den LeserInnen. Beantworten Sie folgende Frage und schicken Sie die richtige Antwort mit dem Kennwort „Spielefest“ an: Solidarität,



Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien oder an soli@oegb.at. Einsendeschluss ist der 5. Dezember 2012.

Wer folgt Clemens Schneider als ÖGB-Finanzchefin nach?

Adressänderungen:

Tel. 01/534 44-39100

Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,

Freitag 8–13 Uhr.

Oder unter: www.oegb.at

i-move.at

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellern:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickdorferstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllnig. **Autorinnen:** Amela Muratovic, Florian Kräftner, Franz Fischill, Heike Hausensteiner, Sophia Fielhauer-Resel. **Layout/Grafik:** Walter Schauer. **Bildredaktion:** Peter-Paul Waltenberger. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at.

Für unverlangt eingensendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352
DVR-Nr.: 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE InDesign CS erstellt.

Armes Österreich

Eine halbe Million Menschen in Österreich sind absolut arm.



Wer ist arm? Bezeichnenderweise ist Armut besser dokumentiert als Reichtum. Auch die Definitionen von Armut sind präziser: arme Menschen, armutsgefährdete, absolut und manifest Arme, Armutsschwellen – dazu gibt es sehr viele Zahlen.

Keine Heizung, kein Besuch

Die Armutskonferenz (siehe Kasten unten) beschreibt verschiedene Aspekte von Armut: Armut bedeutet immer einen Mangel an Möglichkeiten. Wer von Armut betroffen ist, hat ein geringes Einkommen, schlechte Bildungschancen, ist häufiger krank und kann am gesellschaftlichen Leben nur eingeschränkt teilnehmen. Manifest arme Menschen sind in ganz wesentlichen Lebensbereichen eingeschränkt: Sie können ihre Wohnungen nicht ausreichend heizen, sich nicht gesund ernähren, unerwartete

Ausgaben (zum Beispiel Zahnspangen etc.) nicht bewältigen, sie können es sich nicht leisten, jemanden zu sich nach Hause zum Essen einzuladen oder ab und zu in Lokale, Kinos oder zu einer Sportveranstaltung zu gehen. Das betrifft keine Randgruppe, sondern knapp eine halbe Million Menschen in Österreich.

Zahlen sind Menschen

511.000 Menschen in Österreich sind manifest arm. 724.000 Menschen in Österreich können sich gutes Essen nicht leisten, darunter 138.000 Kinder und Jugendliche. 313.000 können ihre Wohnungen nicht angemessen warm halten, davon sind 84.000 Kinder betroffen. 456.000 Menschen – unter ihnen 199.000 Kinder – leben in zu engen und überbelegten Wohnungen. 224.000 können sich einen notwendigen Arzt-

besuch nicht leisten, davon sind allein 58.000 Kinder betroffen.

Gefährdungen

Besonders von Armut gefährdet oder bedroht sind allein lebende Pensionistinnen und Pensionisten, Migrantinnen und Migranten, Langzeitarbeitslose, Ein-Eltern-Haushalte und die sogenannten Working Poor – Menschen, die trotz Beschäftigung arm sind. Eine der größten Gruppen innerhalb der Working Poor sind ZeitarbeiterInnen. Sie sind trotz Vollzeitbeschäftigung sehr oft von Armut bedroht. „Grund sind die vielen unvorhersehbaren Zeiten von Arbeitslosigkeit“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. Neben vielen anderen Vorschlägen und Forderungen zur Armutsbekämpfung haben sich ÖGB und Gewerkschaften für Verbesserungen bei den Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeitern eingesetzt. Ab dem Jahr 2014 wird es einen neuen Fonds geben. „Wenn ZeitarbeiterInnen arbeitslos werden, bekommen sie dann eine einmalige, schnelle Unterstützung, um den Einkommensabfall zu mildern. Das nötige Geld, das in diesen Sozialfonds fließt, bezahlen die Überlasser – das ist nur fair“, so der ÖGB-Präsident.

Fair zahlen – mehr zahlen

Auch die faire Besteuerung von Vermögen, die Einführung von Erbschafts- und Schenkungssteuern, der Wegfall der Anrechnung des Partnereinkommens, Verbesserungen bei der



Erich Foglar, ÖGB-Präsident: „Ab 2014 wird es einen neuen Fonds für ZeitarbeiterInnen geben. Das nötige Geld, das in diesen Sozialfonds fließt, bezahlen die Überlasser – das ist nur fair.“

Kinderbetreuung, sodass mehr Menschen Vollzeit arbeiten können, automatische Wertanpassung des Pflegegeldes, höheres Arbeitslosengeld und vieles mehr wären wichtige Elemente, um die Armut in Österreich zu verringern. Das Geld dafür ist da – siehe Seite 2.

Österreich?

Die Armutsgefährdungsschwelle liegt derzeit bei 1.031 Euro.

1.004.000 Menschen, also 12,1 Prozent der EinwohnerInnen Österreichs, sind armutsgefährdet. Das heißt, ihr Haushaltseinkommen liegt unter der haushaltsspezifischen Armutsgrenze.

Manifest arm sind 511.000 Menschen, das sind 6 Prozent.



BUCHTIPP

Es war einmal ...

... Steuergerechtigkeit
Der ÖGB hat ein Projekt der Wiener Gewerkschaftsschule zum Thema Vermögen und Steuern in einem handlichen kleinen Buch zusammengefasst. Mit so manchem Steuermärchen wird darin aufgeräumt, zum Beispiel mit jenem, das Niedrigverdienenden ohnehin keine Steuern bezahlen.

www.mitgliederservice.at im Bereich Broschüren, oder bestellen bei: servicecenter@oegb.at



BUCHTIPP

Was heißt hier arm?

Die Armutskonferenz hat Fragen und Antworten zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung in einem „Hosentaschen-Buch“ zusammengestellt. Das Buch gibt kurze Antworten auf kritische Fragen zur Armut und steht als PDF zum Download zur Verfügung. Weitere Fragen, die auftauchen, werden auf unserer Website im Bereich FAQ beantwortet.

www.armutskonferenz.at im Bereich Publikationen

Sozialpartner:

EU-Zukunft

Zum siebenten Mal veranstalteten die Sozialpartner den Bad Ischler Dialog. Diesmal stand er im Zeichen der Herausforderungen, mit denen sich die EU konfrontiert sieht. Die Krise, der die EU ausgesetzt ist, kann nur gemeinsam gelöst werden – wie Lösungen aussehen können, darüber wurde Mitte Oktober diskutiert. Die Sozialpartner halten ungebrochen an der europäischen Integration als Leitidee für Österreich fest, fordern aber in vielen Punkten einen Kurswechsel, denn Europa muss sich wieder vorwärts bewegen. Ein wichtiger Punkt dabei: die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Marktfreiheiten und ArbeitnehmerInnenrechten. In vielen Bereichen äußerten die Sozialpartner konkrete Vorschläge und Forderungen für eine positive Zukunft Europas. Zu diesen gehören u.a., dass die Finanzmärkte der Realwirtschaft dienen sollen, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, ein Ende der Abwärtsspirale, die das gleichzeitige Sparen überall auslöst, und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Mehr unter: www.sozialpartner.at

Umfrage:

Mehr Vorteile

Österreich ist seit dem EU-Beitritt Teil des gemeinsamen Binnenmarkts. Eine Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) gibt Einblick in das aktuelle Meinungsbild. „Generell verbinden die Österreicher mit dem gemeinsamen europäischen Markt mehr Vor- als Nachteile“, sagte ÖGfE-Leiter Paul Schmidt. „Großunternehmen und Konsumenten sind nach Meinung der Österreicher die Hauptnutznießer des Binnenmarkts.“ Für 47 Prozent hat der Binnenmarkt heimischen Arbeitskräften Vorteile gebracht, 40 Prozent sehen negative Auswirkungen. Skepsis zeigen vor allem die 36- bis 65-Jährigen sowie Befragte mit Pflicht-, Berufs- oder Handelschulabschluss. „Heute gilt es, den gemeinsamen Markt weiterzuentwickeln, um einen noch größeren Teil der Bevölkerung an dessen Vorteilen teilhaben zu lassen“, so Schmidt.

Netzwerk

Die Armutskonferenz ist ein Netzwerk sozialer Organisationen, die Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen zu und gegen Armut sowie soziale Ausgrenzung in Österreich thematisiert. Sie will eine Verbesserung der Lebenssituation Betroffener erreichen. Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen betreuen und unterstützen über 500.000 Hilfesuchende im Jahr. Der ÖGB ist ebenfalls Teil des Netzwerks, die ÖGB-Frauen sind aktiver Teil der Armutskonferenz.

www.armutskonferenz.at

Kindergärten:

Fleckerlteppich



© GfK/Wilhelm Deink

Ein gesetzlicher Fleckerlteppich bei der Ausbildung, niedrige Gehälter, zu große Gruppen – die Beschäftigten der Kindergärten forderten bei einer Demonstration in Wien Verbesserungen. Andere Länder, andere Sitten, das gilt vor allem für jene, die als KindergartenassistentIn (bzw. -helferIn) arbeiten: Vier Bundesländer schreiben dafür eine Ausbildung vor, in fünf Bundesländern gibt es diese nicht. Gemeinsam mit den Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen gingen die AssistentInnen Anfang Oktober in Wien auf die Straße – insgesamt an die 4.000 Beschäftigte. Unter dem Motto „Achtung Einsturzgefahr“ forderten sie eine bundesweit einheitliche Ausbildung, höhere Gehälter, kleinere Gruppen und ein Bundesrahmengesetz.

Zivil-Budget:

Sozial gerecht

Anfang Oktober stellte die Allianz „Wege aus der Krise“, der auch der ÖGB und einige Gewerkschaften angehören, zum dritten Mal ihr zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget für 2013 vor. Ein öffentliches Budget ist in Zahlen gegessene Politik, die darüber entscheidet, wofür öffentliche Gelder ausgegeben werden. Wer in welchem Ausmaß besteuert wird bestimmt, wie sozial gerecht, wie umverteilend und ökologisch nachhaltig Budgetpolitik ist. Die Allianz tritt für ein anderes Budget ein, weil das österreichische zu wenige Investitionen in die Zukunft vorsieht, weil es ökologisch nicht nachhaltig ist und weil es zu wenig zur Geschlechtergerechtigkeit beiträgt. Das Zukunftsbudget setzt an diesen Punkten an und liefert konkrete Alternativen, die mehr Verteilungsgerechtigkeit, Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen in hoher Qualität für alle und eine Verringerung der Einkommensschemer bringen. Zudem stärkt es den demokratischen Charakter unserer Gesellschaft. www.wege-aus-der-krise.at

Keine Schuldenmacher

2. ÖGB-PensionistInnenforum wählt Werner Thum wieder zum Vorsitzenden.

Forum. Heftige Kritik an den sogenannten „Expertinnen und Experten für Pensionsfragen“ beim 2. ÖGB-PensionistInnenforum am 23. und 24. Oktober 2012 in der ÖGB-Zentrale in Wien: Sowohl ÖGB-Präsident Erich Foglar als auch der Vorsitzende der ÖGB-PensionistInnen Werner Thum gingen mit jenen 50 Expertinnen und Experten, die erst kürzlich das derzeitige Pensionssystem angegriffen hatten, hart ins Gericht. Vor allem Aussagen wie „schuldenfinanzierte Pensionen“ oder die Bezeichnung „Defizitabdeckung“ für den Bundeszuschuss zu den Pensionen sollten das bewährte System in Verruf bringen. Foglar: „Das Einzige, was schuldenfinanziert ist, ist jenes Geld, mit dem die Banken gerettet werden mussten.“ Thum ortete eine Gemeinsamkeit bei den Expertinnen und Experten: „Alle haben genügend Einkommen.“

Konflikt nur in Medien

Zur Generationensolidarität müssten alle ihren Beitrag leisten, bekräftigte Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Die Voraussetzung für existenzsichernde Pensionen sei, so der Sozialminister, dass bereits die Be-



© ÖGB

schäftigten ein ausreichendes Einkommen erhalten. „Es gibt den Generationenkonflikt, aber nur in den Medien“, stellte ÖGB-Vorsitzender Jürgen Michlmayr fest. Der Vorsitzen-

Leitantrag, Bericht und Fotos online

Die Delegierten wählten Werner Thum neuerlich zum Vorsitzenden der ÖGB-PensionistInnen. Zu seinen StellvertreterInnen wurden Elisabeth Ficker, Christine Haager, Erika Helscher, Emmerich Rakuschan, Rudolf Srba und Otto Vanura gewählt. Weiters wurde ein umfangreicher Leitantrag zu den Themenbereichen Pensionssicherung, Gesundheit und Pflege beschlossen. Berichte über das ÖGB-BundespensionistInnenforum, den Leitantrag zum Download sowie Fotos vom Forum gibt es unter: www.oegb.at/pensionisten

de der Pensionskommission Bernhard Schwarz bezeichnete es als völligen Unsinn, von einem Generationenkonflikt zu sprechen, und sagte: „Beide Generationen sind aufeinander und auf eine positive Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse angewiesen. Daher haben auch beide Generationen die gleichen Interessen. Umgekehrt hätten beide Generationen die gleichen Probleme.“

Franz Fischill

„Wem gehört Europa?“

ÖGB-Europadialog: Finanztransaktionssteuer ist ein guter Anfang für ein sozialeres Europa.

Diskussionsreihe. Am 11. Oktober veranstaltete der ÖGB zum fünften Mal in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) einen Europadialog zum Thema „Wem gehört Europa?“. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, und Erich Foglar, ÖGB-Präsident, sprachen über die Zukunft der Demokratie in Europa.

Chance für Europa

„Europa gehört den Menschen, die es bevölkern“, stellte Schulz fest. „Sie sind in den letzten Jahren teilweise betrogen worden. Das Projekt Europa kann eine Chance haben, wenn es richtig geführt wird.“ Der EP-Präsident sprach sich für die Einführung der Finanztransaktionssteuer aus: „Um Gerechtigkeit zurückzugewinnen, ist diese Steuer ein wichtiger Beitrag.“

Stärkung des EP

Auch die Gewerkschaften seien mit der Gesamtsituation in Europa derzeit unzufrieden und die Finanztransaktionssteuer



„Das Projekt Europa kann eine Chance haben, wenn es richtig geführt wird“, sagt EP-Präsident Martin Schulz.

© ÖGB/Martina Konec

sei ein gutes Beispiel, wie man Europa in Richtung mehr Gerechtigkeit ändern könnte, sagte Foglar. „Die ArbeitnehmerInnen sagen aus gutem Grund, die Verursacher der Krise, die Spekulanten sollen bezahlen“, so der ÖGB-Präsident weiter. Er wünsche sich eine Stärkung des Europäischen Parlaments, denn das sei die einzige europäische Institution, die von den BürgerInnen direkt gewählt wird.

KRITISCH DISKUTIEREN

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) haben die Veranstaltungsreihe „Europadialog“ zu aktuellen europapolitischen Themen ins Leben gerufen. Europapolitik gehört hierzulande bereits zum Tagesgeschäft, sie prägt zunehmend auch den Berufsalltag von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Österreich. Der ÖGB und die ÖGfE bieten allen Interessierten eine Plattform an, um kritisch über europapolitische Themen zu diskutieren.



© Bildagentur Woldhaus/Wolynow Ben

Ein Monat kann sehr lang sein

Die Solidarität befragte Menschen, was „arm“ und was „reich“ ist.

Was „arm“ und „reich“ ist, ist Stoff vieler Diskussionen. Die Armutskonferenz definiert: „Armut bedeutet immer einen Mangel an Möglichkeiten. Wer von Armut betroffen ist, hat ein geringes Einkommen, schlechte Bildungschancen, ist häufiger krank und kann am gesellschaftlichen Leben nur eingeschränkt teilnehmen.“ Im Empfinden der Menschen ist wirklicher Reichtum offenbar schwer vorstellbar. Die Solidarität-Umfrage ergibt, dass auch ganz normale Leute, die sich ein bisschen was leisten können, schon als „reich“ empfunden werden.



Wolfgang Buxbaum, Maronibrater:

Armut ist, wenn man sich nichts mehr zu essen kaufen kann, da kenne ich ein paar Leute. Der Monat ist dann zu lang für das verdiente Geld. Jeden Tag gibt es Menschen, die von mir ein paar Maroni geschenkt bekommen. Reichtum ist für mich, wenn man sich alles leisten kann, was man will – egal, ob es Autos oder Boote sind. Ich kenne aber keinen, der in so einer Situation ist.



Martin Gruber, Regisseur: Armut definiert sich immer

über das Land, in dem man lebt. Ich denke, in Österreich liegt die Grenze unter 1.100 Euro pro Person. Wer über 3.500 Euro netto im Monat verdient, ist reich beschenkt, obwohl er nicht im klassischen Sinne reich ist. Unser Gesundheitssystem ist noch eines der besten im Vergleich, aber es besteht die Gefahr, dass auch hier die Schere zwischen den gut und schlechter verdienenden Menschen weiter auseinandergeht.



Tanya Schöringhuemer, Friseurin:

Armut ist, wenn man kein Geld und schlechte Lebensbedingungen hat. Ich kenne Leute, die können im Winter nicht heizen und haben ein Klo am Gang. Reichtum ist, wenn sich jemand einen Ferrari leisten kann. Aber meine Tante sagt auch, sie ist reich, weil sie ihre Familie hat.



Johannes Tschohl, Fahrradmechaniker:

Von Armut betroffen ist sicher jemand, der kein Dach über dem Kopf hat und sich kein Essen checken kann. Prinzipiell ist es immer gut, wenn man

genug Geld hat. Aber es gibt Menschen, die wissen gar nicht, wohin damit. Meine Eltern sind nicht unbedingt reich, aber sie sind fleißig und sie können sich daher zwei Autos leisten. Ich habe das Gefühl, dass die Armut in Österreich in letzter Zeit schon ansteigt.



Astrid Eigenthaler, Lehrerin:

Armut ist, wenn man ein geringes Einkommen und kein Zuhause hat. Und auch, wenn man im Geiste arm ist, etwa keine Bildung oder kein Interesse an etwas hat. Reich ist, wer etwa 2.500 Euro netto verdient, gut leben und reisen kann, viele soziale Kontakte hat und auch tun und machen kann, was er will. Unanständig ist, wenn man nichts erreicht hat und irgendwo in ein Amt oder eine Stellung reingeschoben wird oder nur von den Eltern lebt.



Julia Hopf, Landwirtin:

Armut ist, wenn man sich ein angenehmes Leben nicht leisten kann, zum Beispiel nicht genug Geld hat, um die Wohnung zu bezahlen oder gut heizen zu können. Oder auch, beim Essen sparen zu müssen.

Reichtum ist, wenn man sich Luxusgüter leisten kann und so viel Geld besitzt, dass man nicht weiß, was man damit tun soll. Ich persönlich fühle mich reich, obwohl ich nicht allzu viel Geld habe, weil ich machen kann, was ich will.



Julia List, Blumenverkäuferin:

Armut ist, wenn man sich immer wieder einmal bestimmte Sachen nicht leisten kann, die man sich aber leisten will. Zum Beispiel, heutzutage keine Bücher kaufen zu können. Oder auf viele Sachen verzichten zu müssen, um Kinder großzuziehen. Reichtum ist, sich keine Gedanken über das Geld machen zu müssen, das man ausgibt.



Alexandra Aleksic, Studentin:

Arm sind diejenigen Menschen, die dem Hass verfallen sind oder um das tägliche Überleben kämpfen müssen und nicht wissen, wie es morgen weitergeht. Reichtum ist für mich, in dieser Gesellschaft normal leben zu können und Bildung zu haben. In der heutigen Zeit wird das aber immer schwieriger.



Elisabeth Fiege, Köchin, Autorin:

Arm sind für mich Menschen, die kein Obdach haben und auf der Straße leben. Das ist hart, ich sehe das, weil ich ab und zu für die Vinzirast koche. Arm sind auch Leute, die ihre Begabungen nicht nutzen können und ständig etwas anderes tun müssen, um überleben zu können. Wahre Armut ist auch, wenn man sich an dem Leben, das man hat, nicht erfreuen kann. Reichtum ist, wenn man sich daran freut, was man hat. Das ist primär keine Geldfrage.



Sebastian Grund, Jus-Student:

Für mich sind Menschen, die sich das Nötigste nicht leisten können, etwa Obdachlose, arm. In Wien ist es schwierig, wenn man unter 1.000 Euro verdient und eine Familie hat. Bei Alleinstehenden sind, meiner Meinung nach, 500 Euro die Grenze. Reich ist, wer so viel hat, dass er davon auch etwas hergeben kann. Ich studiere, wohne aber noch bei meinen Eltern und gehe auch arbeiten. Eine Wohnung könnte ich mir nicht leisten, fühle mich aber nicht arm.

Christian Resei

Fotos: © OGB/Schreier

Solidarität September: Klarstellung

In der vorigen Ausgabe (943, 10/2012, Seite 6) ist im Artikel „Für die Anerkennung arbeiten“ ein Fehler passiert. Wir zitierten Frau Özgür Taş mit folgenden Worten: „Wenn die Kinder krank sind, trauen sich die Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund nicht, einen Pflegeurlaub zu nehmen, weil sie Angst vor einer Kündigung haben.“ Diese Aussage bezieht sich auf die Situation vieler MigrantInnen in Österreich, aber KEINESFALLS auf das Bezirksaltenheim Leonding. Das Missverständnis entstand durch eine Kürzung der Autorin. Gerhard Reder, Heimleiter des BAH Leonding: „Dem Sozialhilfeförderband Linz-Land ist die Integration von MigrantInnen tatsächlich ein hohes Anliegen und die Gleichbehandlung aller MitarbeiterInnen wird hier vorbildlich gelebt.“

Arbeitslosigkeit Eurozone: Neuer Rekord



© Bildagentur Webphoto/Reiter Hansel

Die Arbeitslosenrate in der Eurozone hat im September ein neues Rekordniveau erreicht. Sie betrug nach den jüngsten Zahlen des EU-Statistikamtes Eurostat 11,6 Prozent. Im August waren es noch 11,5 Prozent. In den EU-27 blieb die Arbeitslosenquote mit 10,6 Prozent unverändert gegenüber dem August. Österreich verzeichnete im September weiterhin die geringste Arbeitslosenrate (4,4 Prozent) der EU-27. Bei der Jugendarbeitslosigkeit weist Österreich mit 9,9 Prozent den drittniedrigsten Wert hinter Deutschland (8 Prozent) und den Niederlanden (9,7 Prozent) auf. Nur diese drei Staaten verzeichneten einstellige Quoten, die höchste Jugendarbeitslosigkeit gibt es in Spanien (54,2 Prozent). Insgesamt waren im September 2012 in der gesamten EU 25,27 Millionen Menschen arbeitslos, bei den Jugendlichen hatten 5,52 Millionen keine Beschäftigung.



Überstunden sind ein Ausdruck der ungerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit.

© Bildagentur Webphoto/Pantimedia/Scott Gressel

Krankmacher

Arbeitszeit: Großbritannien und Österreich Spitzenreiter in Europa.

Arbeitszeit. Großbritannien und Österreich sind in der EU die Länder mit der längsten Wochenarbeitszeit. Das geht aus der veröffentlichten Erhebung des EU-Statistikamtes Eurostat hervor. Die wöchentliche Arbeitszeit reichte 2011 bei VollzeitmitarbeiterInnen in der EU im Durchschnitt von 37,7 Stunden in Dänemark bis 42,2 Stunden in Großbritannien, in Österreich betrug sie im Schnitt 41,8 Stunden. Weiters zeigt die Erhebung, dass in allen EU-Staaten die Arbeitszeiten von Männern länger waren als jene von Frauen. Lange Wochenarbeitszeiten haben im EU-Vergleich auch Zypern und Portugal (jeweils 41,1 Stunden). Die kürzesten nach Dänemark verzeichneten Irland (38,4),

Italien (38,8) und die Niederlande (39,0).

Überstunden teuer machen

Überlange Arbeitszeiten machen krank – Überstunden sind ein Ausdruck der ungerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit. „Dagegen hat der ÖGB ein Modell vorgelegt, das Überstunden reduziert, indem es sie für die Betriebe teurer macht“, so Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Es sieht eine Abgabe in Höhe von einem Euro pro Überstunde vor. Die Einnahmen sollen zur einen Hälfte dem AMS, zur anderen dem Gesundheitssystem zugutekommen. Die Arbeitgeber fordern hingegen eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit – doch bei einer

Betriebsrätekonferenz Anfang Oktober 2012 wurde klargestellt, dass eine Arbeitszeitvereinbarung auf Betriebsebene nicht verhandelbar ist. Die Gewerkschaft betonte, dass es in der Arbeitszeitfrage seit 1997 ein Gesetz gibt, das von den Arbeitgebern zu wenig genutzt wird.

EU-weite Unterschiede

Der Anteil der ArbeitnehmerInnen mit einem befristeten Arbeitsvertrag stieg in der EU von 12 Prozent im Jahr 2000 auf 15 Prozent 2007 und verringerte sich dann leicht auf 14 Prozent im Jahr 2011. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den EU-Staaten. Während in Polen 27 Prozent der ArbeitnehmerInnen einen befristeten Vertrag haben, sind

es in Rumänien nur 2 Prozent. In Österreich beträgt der Anteil 9,6 Prozent. Nach der Erhebung von Eurostat arbeiteten 2011 fast 70 Prozent der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich. Auf die Bereiche Industrie und Bauwesen entfallen EU-weit 25 Prozent und auf die Landwirtschaft 5 Prozent. In Österreich liegt der Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich mit 68,7 Prozent etwas unter dem EU-Durchschnitt. 42 Prozent der ÖsterreicherInnen erbringen marktbestimmte Dienstleistungen, 26,7 Prozent hauptsächlich nicht marktbestimmte. Auf den Bereich Landwirtschaft entfielen 2011 in Österreich 5,3 Prozent, auf die Industrie 26 Prozent.

Guten Weg fortsetzen

ÖGB und Gewerkschaften gehen sorgsam mit Mitgliedsbeiträgen um.

Einstimmig. Ende Oktober wurde die ÖGB-Bilanz 2011 vom ÖGB-Bundesvorstand einstimmig angenommen. ÖGB-Finanzchef Clemens Schneider konnte erneut eine erfreuliche Bilanz präsentieren: „Wir sind konsequent auf unserem Sanierungsweg geblieben, die Maxime heißt weiterhin, dass wir mit den Mitgliedseinnahmen das Auslangen finden.“ Die Eigenkapitalquote von 72 Prozent bedeute wieder eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr.

Stark dank guter Arbeit

„Wir stehen dank der guten Arbeit aller in den Gewerkschaften, im ÖGB, in den Betrieben und Dienststellen gut da. Mit dem Werben neuer Mitglieder, dem Abschluss von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen und vielem mehr leisten alle einen wertvollen Beitrag zu einem finanziell und organisatorisch starken ÖGB.“ Die Bilanz sowie die Gewinn-

und Verlustrechnung finden Sie online auf www.oegb.at.

Neue Finanzchefin

Schneider übergab die Finanzgeschäfte des ÖGB an Martina Gerharter, die seit 1. November Leitende Sekretärin für Finanzen ist. Gerharter war bis zuletzt Generalsekretärin der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH, einer Tochter der Oesterreichischen Nationalbank. Im ÖGB war sie seit 2006 stellvertretende Vorsitzende der Kontrollkommission. Mit Martina Gerharter für den Bereich Finanzen und Bernhard Achitz für Grundsatz und Organisation hat der ÖGB nun zwei Leitende SekretärInnen statt bisher drei. Monika Kemperle, die bis Ende September Leitende Sekretärin des ÖGB für Organisation war, wechselte Anfang Oktober als Stv. Generalsekretärin zum internationalen Gewerkschaftsverband IndustriALL.



Martina Gerharter, seit 1. November Leitende Sekretärin des ÖGB für Finanzen.

© ÖGB



Betriebsrat Markus Kainberger sorgt für gute Arbeitsbedingungen im Arcotel Nike in Linz

Jacobs-Kaffee-Rösterei:

Schließung

Die Wiener Jacobs-Kaffee-Rösterei wird nach Deutschland verlagert. Von der Gewerkschaft PRO-GE kommt scharfe Kritik. „Erwartungsgemäß geht die Aufspaltung von Kraft Foods wieder zulasten der Beschäftigten des Konzerns“, sagt Gerhard Riess, Branchensekretär der PRO-GE. Der traditionsreiche und profitable Betrieb sei damit das erste Opfer der Anfang Oktober vollzogenen Teilung von Kraft Food Inc. in die nordamerikanische Kraft Food Group und Mondelez International. Für den 6. November ist eine Betriebsversammlung mit den Beschäftigten zum weiteren Vorgehen geplant.

Aktionstag:

Proteste

Die europäischen Gewerkschaften warnen seit Jahren davor, dass die drastischen Sparkurse zur Überwindung der Krise in vielen Staaten nicht funktionieren. Sparprogramme erzeugen Armut und Arbeitslosigkeit, das verschärft die Krise nur. Europa brauche endlich einen Kurswechsel, forderte der Europäische Gewerkschaftsbund daher erneut im Zuge eines Aktions- und Solidaritätstages Mitte November. www.etuc.org

Steuersünder-Liste:

Zensur

Ende Oktober hatte der Chefredakteur einer griechischen Zeitung eine Liste von mehr als 2.000 Personen – reiche Griechen mit Konten in der Schweiz – veröffentlicht. Die Liste sorgte in Griechenland bereits seit Längerem für Spekulationen, angeblich wird geprüft, ob es sich um SteuerhinterzieherInnen handelt. Die Verhaftung und das schnelle Verfahren gegen den Chefredakteur sorgte für breite Empörung: Ihm drohten zwei Jahre Haft, gegen griechische SteuersünderInnen wird hingegen viel lascher vorgegangen. Nun hat ein Gericht in Athen den griechischen Journalisten freigesprochen. Der Redakteur Kostas Vaxevanis, der nach dem Urteil betonte, immer der Justiz vertraut zu haben, bestritt bei seiner Anhörung erneut die gegen ihn erhobenen Vorwürfe: „Ich habe nur meine Arbeit gemacht.“

Hausgemacht

Viele schwarze Schafe bescheren dem Hotel- und Gastgewerbe Nachwuchssorgen.

Schlechte Bedingungen. Sarah* lernt Restaurantfachfrau in einem oberösterreichischen Landgasthaus. Wann sie Dienst hat, erfährt sie am Vortag, wann Dienstschluss ist, sagt ihr der Chef, wenn es so weit ist. Emma* aus Wien trat in einem Hostel die Ausbildung zu Hotel- und Gastgewerbeassistentin an. Blöd, dass das Haus keinen Restaurantbetrieb hat und die Zimmerreinigung von einer Fremdfirma übernommen wird, denn das komplette Berufsbild lässt sich so kaum vermitteln. „Die haben mich als billige Arbeitskraft eingestellt“, sagt Emma. Dass nun Wirte und Hoteliers aus dem Salzkammergut mit der Wirtschaftskammer und dem AMS nach Griechenland ausrücken, um dort Lehrlinge zu rekrutieren, klingt angesichts Tausender arbeitsloser Jugendlicher wie ein schlechter Witz. „Würden die Betriebe die Arbeitsbedingungen verbessern und mehr zahlen, hätten sie auch keine Probleme, MitarbeiterInnen und Lehrlinge zu finden und zu halten“, sagt Johann Kalliauer, Landesvorsitzender des ÖGB Oberösterreich. Denn wie der Arbeitsklimaindex der Arbeiterkammer Oberösterreich zeigt, ist die Arbeits- und Einkommenszufrieden-

heit im Gastgewerbe niedriger und die Fluktuation höher als in anderen Branchen. Es gibt kaum Angebote zur Gesundheitsförderung, langes Stehen, schweres Heben, enger Kundenkontakt und der Zeitdruck belasten. Viele schwarze Schafe unter den Tourismusbetrieben, die sich weder an das Arbeitsgesetz noch an kollektivvertragliche Regeln halten, zerstören selbst das Image ihrer Branche.

Besser mit Betriebsrat

Besser läuft's, wenn es einen Betriebsrat gibt. Im Arcotel Nike in Linz werden nach

Möglichkeit die Wünsche der 85 MitarbeiterInnen im Dienstplan berücksichtigt, Lehrlinge haben fix jedes zweite Wochenende frei. Seminare über den Umgang mit Gästen und Beschwerdemanagement helfen in heiklen Situationen. Rückhalt gibt, dass immer eine Führungskraft bis 22 Uhr im Haus ist. Auch auf die Gesundheit wird geschaut. „Es gibt Seminare über gesunde Ernährung. Außerdem können unsere Mitarbeiter das städtische Bad nebenan gratis nutzen, was besonders im Sommer bei geteilten Diensten gut ankommt“, sagt Betriebsrat und

Küchenchef Markus Kainberger. Er kümmert sich um arbeitsrechtliche Fragen von Kolleginnen und Kollegen, achtet darauf, dass alle Regeln eingehalten werden und organisiert gemeinsame Freizeitaktivitäten. Seit seiner Lehrzeit arbeitet der 31-Jährige im Arcotel und ist damit in einer Branche, in der die durchschnittliche Verweildauer bei fünf Jahren liegt, schon fast ein Urgestein.

Emma hat inzwischen die Reißleine gezogen und sich eine neue Lehrstelle in einem großen Hotel gesucht. Sie will nämlich in der Branche bleiben. Gute Teamarbeit, zufriedene Gäste, Lob: Auch Kainberger schätzt die abwechslungsreiche Arbeit und den Kontakt mit Menschen. „Selbst die flexiblen Arbeitszeiten haben Vorteile, etwa dass man unter der Woche Ski fahren und einkaufen gehen kann“, sagt Kainberger. Es gilt, die positiven Facetten der Arbeit im Hotel- und Gastgewerbe zu erkennen und zu verstärken. Dann werden es mehr junge Menschen wie Sarah und Emma wagen, ihren Wunschberuf zu erlernen.

Carmen Janko

* Namen von der Redaktion geändert



Charterline muss zahlen

GPA-djp erstreitet einen Betrag von mehr als 86.000 Euro für die Lehrlinge.

Erfolg. Mangelhafte Ausbildungsbedingungen, Lehrlinge, die regelmäßig Tätigkeiten wie Autowaschen und Schneeschaukeln verrichten mussten, die nichts mit ihrer Ausbildung zu tun haben – von all diesen Zuständen und einer Bezahlung nach Willkür des Arbeitgebers berichtete die Solidarität in der Ausgabe vom Juni/Juli 2012. Nun hat die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier

(GPA-djp) einen Erfolg für die Lehrlinge des Autovermietungsunternehmens Charterline (auch bekannt als Autoverleih Buchbinder) erzielt. Charterline muss mehr als 86.000 Euro an Lehrlinge nachzahlen.

Unterstützung für Lehrlinge

„Wir haben 40 Lehrlinge gegenüber Charterline vertreten und Nachzahlungen für die Jahre 2009 bis 2012 geltend gemacht. Erfreulicherweise konnten wir ohne langwierige

Gerichtsverfahren, also nur durch unsere Intervention, einen Gesamtbetrag von mehr als 86.000 Euro erstreiten“, berichtet die Leiterin der Rechtsabteilung der GPA-djp, Andrea Komar. Aufgrund eines Feststellungsantrags der GPA-djp hat der Oberste Gerichtshof die Höhe der zustehenden Lehrlingsentschädigungen festgelegt. „Wir freuen uns über diesen ausgezeichneten Erfolg im Sinne der Betroffenen“, sagt Komar. Sie rät allen Lehrlin-



© Bildagentur Waldhaus/stockphoto



„Gesund werden muss ich noch selbst. Den Rest erledigt meine Versicherung.“

gen, die Probleme mit dem Arbeitgeber haben, sich unter der Telefonnummer 050301-301 ebenfalls an die GPA-djp zu wenden, die alle Lehrlinge bei der Durchsetzung ihrer Anliegen und ihrer offenen Ansprüche unterstützt.

Katastrophale Zustände

Zu den vielen Schikanen gehörte beispielsweise, dass den Betroffenen nur ein Toilettenbesuch pro Tag erlaubt war. „Solche katastrophalen Ausbildungsbedingungen und Schikanen dürfen nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wir konnten im konkreten Fall erreichen, dass das Unternehmen keine Förderungen mehr aus dem Titel der Lehrstellenförderung bekommt“, zeigt sich Helmut Gotthartsleitner, Bundesjugendsekretär der GPA-djp, erleichtert. Die GPA-djp hat auch einen Antrag auf Entzug der Lehrberechtigung für die Firma Charterline gestellt, der noch nicht abgeschlossen ist. „Lehrlinge haben ein Recht auf Ausbildung statt auf Ausbeutung“, sagt Gotthartsleitner.

Amela Muratović

INFOKASTEN

Mitglieder der Österreichischen Gewerkschaftsjugend können sich bei ihren Gewerkschaften über viele Fragen die Lehrstellen betreffend kostenlos informieren. Darüber hinaus bekommen Mitglieder kostenlos Broschüren, einen Jugendherbergsausweis, Rechtsschutz, zehn Prozent Nachlass auf Bücher und CDs, kostenlose LAP-Unterlagen und vieles mehr.

Unter www.oegj.at gibt es laufend Informationen zu aktuellen Kampagnen, zu Schule, Uni, Lehrstelle, Sportveranstaltungen, Sommercamps und vieles mehr.

Die Unfallvorsorge PREMIUM hilft Ihnen, den finanziellen Schaden nach einem Unfall zu lindern. Nähere Infos unter 050 350 350, auf wienersaetdtische.at oder bei Ihrem Berater.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

Bücher untern Baum!

Die Solidarität empfiehlt: Gedrucktes schenken!

Lesebuch Arbeitslos

Maria Beerenberger ist Textilverkäuferin und arbeitslos, schon über ein Jahr lang. Anna Weidenholzer erzählt Marias Geschichte, immer weiter zurückgehend, bis zu dem Tag, als sie gekündigt wurde – und darüber hinaus.

Was Maria tut ist detailliert beschrieben, denn viel passiert ja nicht: aufstehen, anziehen, erinnern, frühstücken, zum AMS gehen. Wenn sie auf der Straße Bekannte trifft, dauert der Heimweg länger – weil sie ihnen ausweicht, die Straßenseite wechselt. Je länger sie ohne Arbeit ist, desto mehr kapselt sie sich von ihrem früheren Umfeld ab. Hilfe erwartet sie nur mehr von esoterischen Ratgebern: „Machen Sie konsequent, systematisch, parallel, schnell und viel.“

Anna Weidenholzer: Der Winter tut den Fischen gut. Residenz, 21,90 Euro.



Kochbuch Leichter und frischer

Im Wirtshaus gibt es vor allem: Fleisch. Doch die österreichische Küche hat auch eine große Vielfalt an vegetarischen Rezepten zu bieten – natürlich, denn wer konnte sich schon täglich Fleisch leisten? Krautfleckerl, eingebrannte Erdäpfel mit Gurken, braune Zellersauce, Käferbohnen-suppe, Schlutzkrapfen und viele süße Hauptspeisen, vom Scheiterhaufen bis zum Grießschmarrn.

Haubenkoch Neunkirchner und Journalistin Seiser rufen diese in Erinnerung, viele davon modernisiert, sprich: leichter und frischer. Die Rezepte sind nach Jahreszeiten geordnet, damit Obst und Gemüse frisch zu beschaffen sind. Thomas Apolts Bilder machen auch eingeschwohrenen Fleischfressern Lust zum Nachkochen.

Katharina Seiser, Meinrad Neunkirchner: Österreich vegetarisch. Brandstätter, 34,90 Euro.



Bastelbuch Leben in die Hand nehmen

Selber machen ist gerade ziemlich angesagt, egal ob kochen, nähen oder Möbel bauen, und für all diese Bereiche boomt auch entsprechende Ratgeberliteratur. „Mach's selbst“ versammelt Ideen für viel mehr als das. Marmelade kochen, Gemüse anbauen und Armbänder nähen kommt auch vor, hauptsächlich aber: Musik produzieren am Computer, eine Fahrradkette ölen, ein WLAN sichern und eine Stereoanlage verkabeln. Und wie man Mobbing verhindert, Rassismus bekämpft, sich sozial engagiert, mit Leserbriefen und Petitionen Gehör verschafft. Soll Mädchen (ab 14) unabhängig machen, kann aber auch Buben das Leben verschönern, sofern sie es verkraften, ausnahmsweise als „Leserinnen“ angesprochen zu werden.

Sonja Eismann, Chris Köver: Mach's selbst. Do it yourself für Mädchen. 160 Seiten, 17,50 Euro.



Fragen und Antworten:

WaskannELGA?

Mit der Elektronischen Gesundheitsakte (ELGA) sollen künftig Befunde und gesundheitsrelevante Dokumente gespeichert und für Ärztinnen bzw. Ärzte (und andere GesundheitsdienstleisterInnen) sowie die PatientInnen selbst abrufbar sein. Die E-Card des/der Versicherten dient dabei als Schlüssel: Wird sie ins Lesegerät gesteckt, erhält der/die MedizinerIn für vier Wochen Zugriff auf die Befunde dieser einen Person. Die Daten werden nicht zentral gespeichert. Vorgehen ist eine Opt-out-Regelung: PatientInnen können aus ELGA aussteigen. www.mitgliederservice.at

Service:

Breite Palette

Mit der ÖGB-Card stehen Mitgliedern die Angebote des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und ihrer Gewerkschaften zur Verfügung. Die Mitgliedskarte sichert Ihnen:

- kostenlose Rechtsberatung
- kostenlosen Rechtsschutz durch gerichtliche Vertretung
- automatischen Versicherungsschutz
- Seminare und Lehrgänge zur Weiterbildung
- Vergünstigungen auf Urlaubsangebote
- Ermäßigungen beim Einkauf in vielen Geschäften
- ermäßigter Eintritt bei vielen Sport- und Kulturveranstaltungen in Österreich

Infos unter:

www.mitgliederservice.at

Kultur:

Viele Angebote

Musicals, Theater, Museen, Konzerte, Sportereignisse, Popkonzerte – das und mehr bietet die ÖGB-Kartenstelle, teilweise zu ermäßigten Preisen. Auf der Website sind Topangebote des Monats aufgelistet, ebenso Veranstaltungen nach Kategorien und Spielorten. Vor den Feiertagen zu Jahresende besonders beliebt: diverse Gospelskonzerte – schnell buchen! Die Kartenstelle bietet auch einen Newsletter, aktuelle Angebote und Informationen über Veranstaltungen kommen so ganz bequem per E-Mail. <http://kartenstelle.oegb.at>

Bestellungen bei der ÖGB-Fachbuchhandlung: fachbuchhandlung@oegbverlag.at oder www.oegbverlag.at



Ein Blick lohnt sich

www.oegb.at: einheitliches Design, neue Serviceangebote, mehr Information.

Viele Neuheiten. Im Mai 2012 wurde die neue Website des ÖGB präsentiert – neues Design, neue Internetauftritte (www.oegb.at, www.betriebsraete.at und www.mitgliederservice.at). Ab sofort ist auch die neue Website des Verbands österreichischer gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) online. Durch diese werden Mitglieder und ArbeitnehmervertreterInnen noch besser bei ihrer Arbeit und auch bei der Freizeitgestaltung unterstützt. So wird das Stöbern nach den richtigen Seminaren dadurch erleichtert, dass diese nach Bundesländern aufgelistet sind. Auch die E-Learning-Angebote, Veranstaltungen sowie die

geführten Ausstellungsbesuche sind leicht zu finden (www.voegb.at).

Mitgliederservice

Nicht nur das Design der Websites hat sich in den letzten Monaten verändert. Neu ist künftig ebenso das Layout des Newsletters – angepasst an das ÖGB-Design. Regelmäßig wird auch ein Mitgliederservice-Newsletter erscheinen, der unter anderem über die jeweils neu erschienenen Zeitschriften (z. B. Solidarität) und verschiedenste Veranstaltungen informiert. Wie bisher wird der wöchentliche Newsletter „ÖGB-News der Woche“ mit politischen Meldun-

gen an Mitglieder und Interessierte verschickt. Newsletter-Anmeldungen sind unter www.mitgliederservice.at möglich.

ÖGB-Mitglied werden

Sie haben gerne ein geregeltes Einkommen, freuen sich über Urlaubs- und Weihnachtsgeld und darüber, dass ihr Lohn oder Gehalt jedes Jahr steigt? Dann sind Sie bei uns genau richtig. Denn der ÖGB und die Gewerkschaften sorgen für all diese und weitere Vorteile, die Sie im Arbeitsleben genießen können.

www.oegb.at/anmelden

Rotkraut knackig statt cremig

Mahlzeit: Ganszeit ohne Gansl – heuer spielt die Beilage die Hauptrolle.



Herbstzeit. November, die Uhren laufen auf Winterzeit, Nebel ziehen auf, Gänse werden knusprig gebraten, in sechs Teile geschnitten und mit flauschigen Knödeln und cremig-süßem Rotkraut angerichtet. Mit einem Anflug von Tierschutzgedanken – viele der in Österreichs Gastronomie und Handel feilgebotenen Gänse werden alles andere als „hu-

man“ aufgezogen – verzichten wir aber heute auf das Fleisch und widmen uns dem Potenzial der Beilagen. Ganz nach der Redensart: „Kraut und Rüben in Ruhe ist besser als ein gemästeter Ochse in Unruhe.“

Enthält viel Vitamin C

In Berlin ist der dort „Rotkohl“ genannte violette Krautkopf auch als Salat fixer Bestandteil aller Döner-Sandwiches. In den Alpenregionen hingegen wird er nur selten als Rohkostsalat aufgetischt, dafür meist als mit Äpfeln, Zucker und Schmalz weichgekochte „Zuschpeis“. Rot- oder Blaukraut – das hängt übrigens nur von Säure- oder Natronzugabe ab, das Grundprodukt ist dasselbe Krauthapfl, das viel Vitamin C und Senfölschärfe bietet – mit, wenn man es zulässt, knackigem Biss.

Zum Beispiel mit Zwiebel, Knoblauch, Ingwer und Brokkoliröschen scharf angebraten, mit Sojasauce abgelöscht und mit ein bisschen Wasser der Suppe bissfest gegart. Salz, Pfeffer, schwarzen Sesam, ein paar extra weichgekochte Maroni dazu. Dauert keine zehn

Minuten. Entenfilet würde auch passen, oder Hühnerleber, aber – siehe oben – heute sollen die Tiere leben.

Zur Hauptspeise geadelt

Nächste Idee: Die klassische Beilage mit der klassischen Selchsuppeninlage zur Hauptspeise adeln – zu Risotto aus Orzo, vulgo Rollgerstl, geschälten und polierten Getreidekörnern. Dazu für vier Esse-

rInnen 200 Gramm Orzo über Nacht einweichen, abtropfen. Eine klein gehackte Zwiebel und eine ganze Knoblauchzehe anschwitzen, einen kleinen gehobelten Krautkopf mitbraten, Orzo dazu, kurz mitbraten, mit einem Schuss Rotweinessig ablöschen, wenn man's mag, eine Nelke und eine Prise Zimt dazu. Mit Suppe nach und nach aufgießen und wieder einkochen lassen. Nach 15 Mi-

nuten sollten die Gerstenkörner weich genug sein. Der Hilfstitel „Risotto“ soll jetzt nicht verwirren: Das Ganze wird nicht cremig, weil Orzo keine Stärke freisetzt. Damit die Angelegenheit nicht zu trocken wird, daher nicht die ganze Suppe einkochen lassen, sondern in ein bisschen Flüssigkeit servieren.

Florian Kräffner



Passt zum Herbst und zum Rotkraut: Maroni.

© CSB/Kräffner

WER SAGT, DASS SIE SICH FÜR BESTE KUNDENKONDITIONEN ANSTRENGEN MÜSSEN?

KREDIT BOX

- Sicherheitspaket
- Kreditlimitnahme 30 Tage
- gratis Datenstick

MIT BESTPREISGARANTIE*

Holen Sie sich die KreditBox mit Bestpreisgarantie.

Haben Sie eine Finanzierungszusage einer anderen Bank für den gleichen Kredit mit günstigeren Konditionen, passen wir unsere daran.

Mitten im Leben.
www.bawagpsk.com



*) Wenn Sie innerhalb von vier Wochen nach Abschluss Ihres KreditBox Kreditvertrages eine Finanzierungszusage einer anderen österreichischen Bank für einen identen Kredit mit günstigeren Konditionen (Bearbeitungsentgelt, Aufschlag auf den Indikator oder Fixzinssatz) vorliegen, passen wir auf Wunsch unsere Konditionen insgesamt an diese an. Finanzierungen über Bausparkassen sowie mit Wohnbauförderung ausgenommen.



Bitte mehr Zuwanderung!

Portugiesen wandern in boomende Ex-Kolonien aus, bald braucht Europa mehr Migration.

Beliebte Ziele. Brasilien, Angola, Macao liegen auf verschiedenen Kontinenten, und doch haben sie etwas gemeinsam: Portugals ehemalige Kolonien stehen hoch im Kurs, in wirtschaftlicher Hinsicht und als Exildestinationen. Jahrzehntlang waren europäische Länder wie Portugal begehrt bei Einwanderinnen und Einwanderern aus den Ex-Kolonien. Jetzt stellt die Wirtschaftskrise die Migrationsströme auf den Kopf.

Viele wandern aus

An die 500.000 Portugiesinnen und Portugiesen sind in den vergangenen fünf Jahren ausgewandert. Das Zehn-Millionen-Einwohner-Land erlebt eine der größten Auswanderungswellen seit jeher. Die Arbeitslosenquote beträgt 15 Prozent, die jährliche Neuverschuldung des Staates fast sechs Prozent –

und die Wirtschaftsleistung dürfte dieses Jahr um 3,3 Prozent schrumpfen.

Brasiliens Wirtschaft wuchs demgegenüber zuletzt um mehr als sieben Prozent. 2014 richtet das Land die Fußballweltmeisterschaft aus, 2016 die Olympischen Spiele; die Großveranstaltungen sind mit riesigen Investitionen (Bau von Stadien, Hotels, Einkaufszentren etc.) verbunden, portugiesische ArchitektInnen und IngenieurInnen sind daher gern gesehene Arbeitskräfte. So auch in den afrikanischen Boom-Staaten Angola und Mosambik. Angolas Erdölvorkommen beschert dem Land ein Wachstum von zehn Prozent. Erst vor zehn Jahren endete hier der Bürgerkrieg. Portugiesisch sprechende Fachkräfte, Hotelpersonal oder LehrerInnen sollen den Wiederaufbau des Landes unterstützen.

Dass sogar Regierungschef Pedro Passos Coelho Portugals LehrInnen zum Auswandern ermutigte, gab Bernadette Ségol vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zu denken: Die Regierung in Lissabon schein sehr verzweifelt zu sein, meinte sie. Ein Problem ist nicht nur, dass gut ausgebildete Arbeitskräfte wegziehen („brain drain“). Expertinnen und Experten warnen auch vor kulturellen und soziologischen Problemen, weil die verzweifelt nach Arbeit suchenden Portugiesinnen und Portugiesen unvorbereitet in völlig andere Kulturen geraten; wesentlich höhere Kriminalitäts- und Korruptionsraten oder zugewüllte Strafen verschärfen die Situation. GewerkschaftsvertreterInnen berichten zudem von sklaverähnlichen Bedingungen, etwa Misshandlungen, zu kleinen

Unterbringungen, Zwölf-Stunden-Arbeitstagen, unter denen portugiesische GastarbeiterInnen – in Spanien ebenso wie in Deutschland – arbeiten müssen.

Zuwanderung fördern

Auf der anderen Seite könnte das derzeitige Migrationsniveau in Europa mittel- bis langfristig zu volkswirtschaftlichen Problemen führen. Ein entsprechender Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) legt den europäischen Ländern nahe, mehr Zuwanderung und erleichternde Maßnahmen zu fördern. Aufgrund der alternden Bevölkerung sind ab 2015 mehr MigrantInnen erforderlich, um den Anteil der Berufstätigen – und SteuerzahlerInnen – halten zu können.

Heike Hausensteiner

Zeit zu handeln

Restrukturierung: 1,8 Millionen Jobs weniger seit Krisenbeginn.

Unfair. Jede Umstrukturierung trifft die Beschäftigten. Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise wurden mehr als 5.400 Fälle solcher großen Veränderungen in den 27 EU-Staaten beobachtet, etwa 1,8 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren. Ein Ende des Trends ist nicht abzusehen, ganz im Gegenteil: Er dürfte sich weiter verstärken. Aber auch die Stimmungen für faire Unternehmensumstrukturierungen werden in der EU immer lauter – etwa beim ÖGB, der AK und im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), die eine Diskussion zur Restrukturierung veranstalteten.

Cercas-Bericht

Ein Initiativbericht des spanischen EU-Abgeordneten Alejandro Cercas (S&D) fordert einen EU-Rahmen, um Unterstützungsmechanismen zu installieren, die die Tätigkeit der ArbeitnehmervertreterInnen erleichtern und für Kon-



fliktprävention sorgen sollen. Die Maßnahmen sollen dazu führen, dass sich die Zahl der Kündigungen verringert. „Die Arbeitslosigkeit in Europa ist ein großes Problem und mehr als die Hälfte der Jobs geht bei Restrukturierungen verloren. Es ist gut, dass sich viele des Problems bewusst sind, aber nur das Wissen wird es nicht lösen. Es muss endlich etwas getan werden“, stellt Cercas fest. Von großer Bedeutung sol-

len laut dem Cercas-Bericht die Rechte auf Information und Beteiligung für Beschäftigte sein. „Flexibilität für Arbeitgeber muss auch Sicherheit für ArbeitnehmerInnen bedeuten“, so der EU-Abgeordnete.

Mitspracherecht stärken

In den letzten 15 Jahren hat auch der EGB immer wieder auf das Problem von „Arbeitsplatzverlusten durch Restrukturierung“ aufmerksam ge-

macht. „Es muss allen klar sein, dass ein Problem sich nicht in Luft auflösen wird, nur weil es ignoriert wird“, sagt Judith Kirton-Darling, EGB-Sekretärin. Gewerkschaften sind nicht gegen Veränderungen, solange sie gerechtfertigt und auf soziale Art und Weise ausgehandelt wurden. „Viele Studien zeigen, dass Beschäftigte auf Veränderungen vorbereitet und geeignete Lösungen gefunden werden müssen.“ Laut EGB können negative Folgen nicht nur von den Beschäftigten getragen werden, die aktuelle Krise muss als Chance gesehen werden, um das Mitspracherecht der ArbeitnehmerInnen zu stärken. Die europäischen Gewerkschaften unterstützen den Cercas-Bericht im EU-Parlament jedenfalls und drängen nach wie vor auf eine rechtliche Absicherung der Belegschaftsrechte bei Umstrukturierungen.

Amela Muratović

Europa:

Es geht ja

Finanztransaktionssteuer und gemeinsame Bankenaufsicht – es bewegt sich etwas in der EU. Inzwischen sind elf Staaten für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer – für den ÖGB ein wichtiger Schritt, aber nur ein Anfang. „Dass sich nun insgesamt elf Staaten der Einführung der Finanztransaktionssteuer in der EU anschließen werden, ist ein Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit in der EU, es ist ein längst fälliger Beitrag der Krisenverschärfung zur Reparatur des Schadens, den sie angerichtet haben. Und es ist auch ein großer Erfolg für die Gewerkschaften, die sich seit Jahren für diese wichtige und gerechte Steuer einsetzen“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Jetzt darf nicht nachgelassen werden: EU-Präsidenschaft und Kommission müssen schnell die Weichen stellen, damit die Finanztransaktionssteuer endlich in Kraft treten kann. Es bleibt zu hoffen, dass sich auch die Bremser anschließen werden.“ Mitte Oktober gab die EU bekannt, dass es endlich auch eine europaweite Bankenaufsicht geben wird. Foglar: „Das ist ein wichtiger Beitrag zur Früherkennung von Problemen, um Krisen zu verhindern, bevor sie entstehen.“

Währungsfonds:

Einsicht

Gewerkschaften in ganz Europa sagen seit Jahren, dass der harte Sparkurs nicht aus der Krise führt, sondern sie verstärkt. Endlich sickert das auch in die Köpfe der bisherigen Verfechter dieses Kurses. Christine Lagarde, die ChefIn des Internationalen Währungsfonds (IWF), beurteilt den strengen Sparkurs in einigen EU-Staaten inzwischen mehr und mehr kritisch. Zum Schuldenabbau der Staaten erhob der IWF bisher immer recht schnell die Forderung nach Gehaltskürzungen, Pensionskürzungen oder Verringerung der Sozialausgaben. Anfang Oktober sagte Lagarde zu den Sparmaßnahmen in Spanien, dass ihr die Menschen sehr leid taten, aber dass die spanische Regierung derzeit „einige sehr, sehr mutige Maßnahmen“ ergreife. Die SpanierInnen beantworteten die Maßnahmen ihrer Regierung mit einem großen Streik Mitte November.

Kontrolle

Mitte Oktober gab die EU bekannt, dass es endlich eine gemeinsame, europaweite Bankenaufsicht geben wird, 2013 soll sie ihre Arbeit aufnehmen.

Das ist ein wichtiger Beitrag zur Früherkennung von Problemen, um Krisen zu verhindern, bevor sie entstehen. Es ist auch ein wichtiges Signal in Richtung mehr und besserer Regulierung des Finanzsektors.

**Vergesslich**

Einen radikalen Umbau des heimischen Pensionsystems haben vor Kurzem Expertinnen und Experten, ehemalige PolitikerInnen, UnternehmerInnen und andere in einem Aufruf gefordert.

Wir sollten doch lieber auf das schwedische Pensionsmodell umsteigen, meinten sie. Dass aber in Schweden unter anderem die Beiträge viel höher sind als in Österreich, haben die Expertinnen und Experten vergessen zu erwähnen.

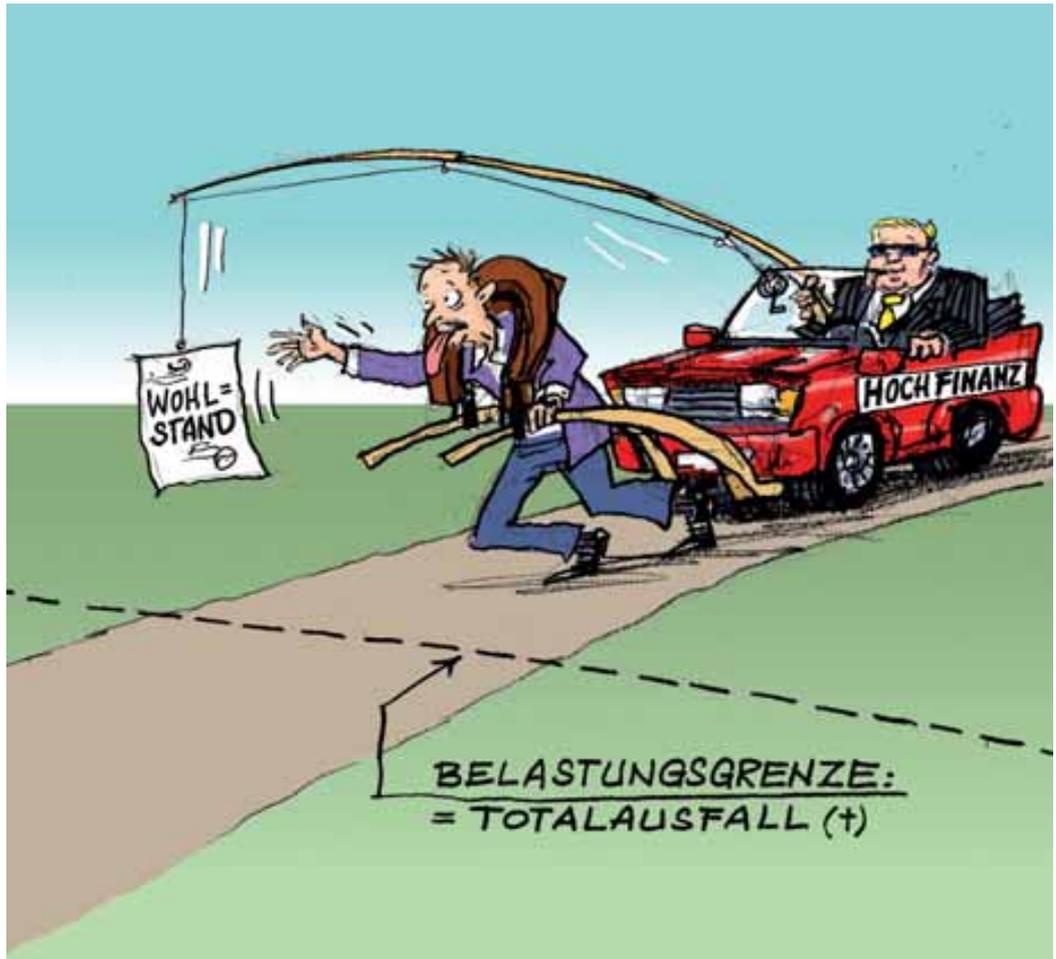


Illustration: Markus Spychowitz

Kommentar: Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB

Gute Löhne gegen Armut

Eines der besten Mittel gegen Armut: Erhöhung der Beschäftigung bzw. Wechsel von Teilzeit- zu Vollzeit.

450.000 Menschen in Österreich sind arm trotz Arbeit. Vor allem bei Frauen, Alleinerziehenden, Teilzeitbeschäftigten, atypisch Beschäftigten sowie in Niedriglohnbranchen wie der Reinigung und der Gastronomie sind Vollzeit-Einkommen unter 1.000 Euro netto keine Seltenheit. Das sind 5,77 Euro pro Stunde. Die Armutsgrenze liegt derzeit bei 951 Euro im Monat. Das ist nicht nur ein kurzfristiges Problem, sondern es schreibt sich in die Zukunft fort: heute niedrige Einkommen, morgen mickrige Pensionen.

Arm trotz Arbeit

Im europäischen Vergleich steht Österreich mit einer Armutgefährdungsrate von unter sechs Prozent der Erwerbstätigen noch vergleichsweise gut da. Der EU-Durchschnitt liegt bei mehr als acht Prozent, Italien bei über zehn Prozent, Spitzenreiter ist Rumänien, wo fast 18 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz Beschäftigung arm sind. Österreich steht im Wesentlichen aus zwei Gründen besser da als

andere Länder: Das Lohnfindungssystem über Kollektivverträge sichert den Wert der Arbeitseinkommen und der Sozialstaat sorgt für Absicherung und Umverteilung.

Nach Kollektivvertrag bezahlt

Für fast alle Bereiche der Wirtschaft gibt es gültige Kollektivverträge. 98 Prozent aller unselbstständig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden nach Kollektivverträgen bezahlt. Durch die meist jährlich stattfindenden Lohnrunden werden die Einkommen der Beschäftigten laufend erhöht. Ein weiterer Vorteil: Nur die hohe Kollektivvertragsabdeckung garantiert den meisten Beschäftigten Urlaubs- und Weihnachtsgeld, auf die kein gesetzlicher Anspruch besteht.

Keine Suppenküche

Der österreichische Sozialstaat ist keine Suppenküche, die die Armen überleben lässt – der Sozialstaat sorgt in weiten Bereichen dafür, dass die Menschen gar nicht erst von Armut be-

droht sind.

Sozialleistungen sichern die Menschen nicht nur bei Ausfällen des Erwerbseinkommens ab, wie etwa Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und bedarfsorientierte Mindestsicherung, sie werden auch in Form von Transferleistungen an Erwerbstätige ausgezahlt, zum Beispiel die Familienbeihilfe. Dazu kommen Sachleistungen wie Kinderbetreuungsplätze, die es Eltern erst möglich machen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und ein entsprechendes Einkommen zu beziehen. Und nicht zu vergessen: Das Phänomen Working poor wäre viel weiter verbreitet, wenn der Sozialstaat nicht ganz oder teilweise für Bildung und Gesundheitssystem, Pflege, öffentliche Verkehrsmittel und sozialen Wohnbau aufkommen würde.

Voller Schutz gefordert

Flucht aus dem Kollektivvertrag führt zu niedrigeren Einkommen. Entweder Unternehmen gliedern Unternehmensanteile in andere Firmen mit „billigeren“ Kollektivverträgen, aus

oder aber sie beschäftigen statt ArbeitnehmerInnen atypisch Beschäftigte, etwa Neue Selbstständige oder Freie DienstnehmerInnen, für die es keine Mindesteinkommen gibt. Der ÖGB fordert für Freie DienstnehmerInnen den vollen Schutz durch den Kollektivvertrag und die Einbeziehung in arbeitsrechtliche Schutznormen, also neben Mindesteinkommen auch den Anspruch auf bezahlten Urlaub.

Mittel gegen Armut

Mit all diesen Maßnahmen kann Erwerbsarmut effektiv bekämpft werden. Aber eines muss festgehalten werden: Trotz Ausweitung des Phänomens Working poor ist Vollzeit-Erwerbsarbeit immer noch der beste Weg, Armut zu verhindern. Die besten Mittel gegen Armut sind also die Erhöhung der Beschäftigung bzw. der Wechsel von Teilzeit- zu Vollzeit-Erwerbstätigkeit, Investitionen in die Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen und natürlich die laufende Erhöhung der kollektivvertraglichen Einkommen.



Bernhard Achitz,
Leitender Sekretär des ÖGB

Dieser Text ist eine gekürzte Version eines Beitrags, der in „Arm trotz Erwerbstätigkeit. Working poor in Österreich“ erschienen ist. ÖGB-Verlag 2012. ISBN 978-3-7035-1544-6

Bestellung:
fachbuchhandlung@oegbverlag.at